

In dem Plan der französischen sozialistischen Kammerfraktion befindet sich aber auch noch der Punkt, auf den es jetzt ganz besonders ankommt:

»Die Vorschläge des Präsidenten Hoover müssen schließlich durch weitgehende langfristige Kreditoperationen mit günstigem Zinssatz zugunsten der sich in Not befindenden Staaten ergänzt werden, mit Kreditoperationen, an denen sich unter der Leitung des Völkerbunds Amerika und jene europäischen Staaten beteiligen würden, deren Finanzlage diese Anstrengung erlaubt.«

Hier liegt der eigentliche Kern der Chance einer politischen Neuorientierung. Die Voraussetzung für die Überwindung der Gefahrenzone, in der sich das deutsche Volk befindet, ist, darüber dürfte heute kein Streit mehr sein: daß das System der kurzfristigen Kredite, das Deutschland ruiniert, bald mit Hilfe eines langfristigen Kredits beseitigt wird. Daher konnte man jetzt wieder im Petit Parisien lesen, der Hooverplan genüge noch durchaus nicht, um die Gefahren zu bannen, die die deutsche Wirtschaft bedrohen; dazu bedürfte es stärkerer Mittel, und über diese müßten unbedingt Frankreich und Deutschland selber mit einander verhandeln. Muß man es immer wieder sagen, daß an langfristigen Kredit nur zu denken ist, wenn die Operation im Einvernehmen mit Frankreich in die Wege geleitet wird? Weil aber diese zwingenden ökonomischen Umstände vorliegen, werden sich alle gegnerischen Kräfte in den deutschen Parteien und Ämtern vergebens gegen die Erkenntnis der Kooperation mit Frankreich sperren. Sie wird zur Tat werden. Es wird sich erweisen, daß der Reichskanzler Heinrich Brüning recht hat, wenn er am 23. Juni sagte, daß nach seiner Überzeugung »eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der Neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tage gesichert erscheint, wo zwischen den beiden großen Nachbarvölkern [Deutschland und Frankreich] das Vergangene seelisch überwunden ist, und der Blick sich gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwendet«.

Ein neues Kapitel europäischer Geschichte wird dann beginnen, das beweist, daß Europa sich selbst zu helfen vermag, wenn es nur will.

JULIUS KALISKI · DIE DEUTSCHE NOT



OHNE Zweifel wird von Millionen in Not lebender Menschen die Notverordnung der Reichsregierung vom 5. Juni 1931 als weitere Erschwerung ihres ohnedies schon schweren Leids empfunden, weil sie nur hören und davon überzeugt sind, daß man von denen am ehesten nimmt, die dem fiskalischen Zugriff am leichtesten offen stehen. Sicherlich ist gegen die Wirkungen der einzelnen Neuregelungen auch die schärfste Kritik berechtigt. Damit allein ist jedoch das entscheidende Urteil über die ganze Verordnung noch nicht gesprochen.

An sich wäre es sehr wohl möglich durch eine Notverordnung eine Erneuerung der wichtigsten Gebiete wirtschaftlicher und sozialer Gesetzgebung herbeizuführen, also ein Reformwerk im besten Sinn des Worts zu schaffen. Doch das ist an Voraussetzungen gebunden, die bisher nicht bestehen. Sie lägen vor allem in der Entschlossenheit der Arbeiterklasse die tätige Verantwortung für den erforderlichen Aufbau unserer Wirtschaft und Politik führend zu übernehmen. Nicht zuletzt schlosse solche Tat auch den Willen ein Opfer auf sich zu nehmen, die gewiß nicht leicht wären, aber die Sicherheit eines Erfolgs böten, der des Einsatzes wert wäre. Nahe liegt die Frage,

ob die Arbeiterklasse in den Jahren seit Kriegsbeginn bis heute nicht bereits Opfer genug gebracht hätte. Ganz gewiß, und sogar überreichlich. Aber grade darum muß gesagt werden: Es stünde heute anders um das Leben der Arbeiter und der ganzen Nation, wenn nur ein Teil dessen, was auf die Schultern des werktätigen Volks in den letzten 13 Jahren gelegt worden ist, aus Eignem geleistet worden wäre: zur Erreichung eines selbstgestellten Ziels auf selbstgewählten Wegen. Auch die neue Notverordnung kann der nur richtig werten, der den Willen zu eigener Gestaltung bekundet. Aus ihm kommt dann das Wissen um ihren (wirklichen oder vorgeschobenen) Zweck.

Das Urteil kann nur dann richtig ausfallen, wenn man von der allein zulässigen Erwägung ausgeht, ob im Gefüge einer wirklich produktiven Gesetzgebung die verordneten Maßnahmen als Fremdkörper wirken werden, oder ob sie sich bei folgerichtiger Umformung als brauchbare und fördernde Ansätze einbauen lassen werden. Unter diesem Gesichtspunkt kann nun die Verordnung nicht schlechthin verworfen werden, sie enthält die Ansätze, die dem Geist des Schaffens im Dienst und unter Kontrolle der Gesellschaft nicht widersprechen. Das muß grade in Kenntnis aller Mängel und Lücken, selbst der mannigfachen, ganz ungerecht wirkenden Bestimmungen der Verordnung ausgesprochen werden. Bei aller Abneigung in diesem Augenblick die Schuldfrage aufwerfen zu wollen und die Untersuchung darüber aufzunehmen, wie sich die Zustände entwickeln konnten, die den Erlaß solcher Verordnung unabwendbar machten, muß man doch daran erinnern, daß alle Parteien des Reichstags durch das im Jahr 1927 von ihnen angenommene Gesetz über die Besoldungsordnung für die Beamten die Erschütterung der öffentlichen Finanzen vorbereitet haben. Eine jährliche Ausgabe von annähernd 2 Milliarden Mark als Gehaltszulage einschließlich der entsprechenden Aufbesserung der Pensionen usw. war ein Akt, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Um ständig wiederkehrende Mißverständnisse nicht mehr aufkommen zu lassen, soll ausdrücklich betont werden, daß es uns natürlich nicht einfällt den einzelnen beamteten Menschen ihre Bezüge zu mißgönnen. Der größte Teil der Beamten führt ein sicher nicht glänzendes, die unterste Schicht sogar ein recht kümmerliches Dasein. Aber als Sozialisten, die wir die arbeitende Klasse als Ganzes und ihr Geschick im Auge behalten müssen, haben wir zu sagen, daß die Höhe der Gehälter unserer Beamenschaft allein danach bemessen werden kann, was Angehörige gleicher Kategorien in unserer Wirtschaft erhalten, und zwar unter Anrechnung von Pensionsansprüchen und Hinterbliebenenfürsorge und des doch recht beträchtlichen Umstands der Unkündbarkeit der Stellung. Keine deutsche Regierung, sie mag zusammengesetzt sein, wie sie will, wird um eine grundsätzliche Revision der deutschen Beamtenpolitik herumkommen, namentlich um eine angemessene Einschränkung des unnatürlich aufgeblähten Beamtenkörpers. Bei rechtzeitiger Durchführung dieser Aktion wären mit einer Gesundung der Verwaltung die Summen zu der jetzt allenthalben ersehnten "Ankurbelung der Wirtschaft" freigeworden, die jetzt notgedrungen zur Deckung des Defizits des öffentlichen Haushalts verwendet werden müssen.

Keine deutsche Regierung wird sich auch nur auf einige Dauer weiterhalten können, die nicht ebenso entschlossen wie fähig ist der Arbeitslosigkeit von 3 und 4 oder 5 Millionen als Dauererscheinung ein Ende zu machen. Daß es bisher anders ging, spricht keineswegs für das Gegenteil. Auf dieser Linie wird auch eine Reform der Arbeitslosenpolitik unumgänglich sein, die

die (liberalistische) Versicherung in eine (sozialistische) Fürsorge zu verwandeln hat. Nur muß sie im Geist einer wirklich tiefen Sorge um die Arbeitslosen erfolgen und im engsten Zusammenhang mit der Aufrichtung gesicherter Arbeit stehen. Verfehlt ist es zum Beispiel in der Zusicherung der Prüfung der Bedürftigkeit bei Zahlung der Unterstützung an Arbeitslose unter 21 Jahren eine Abweichung von einem richtigen sozialen Recht zu erblicken, wenn man Gepflogenheiten kennt, die zu unterbinden grade zur Verteidigung der Arbeitslosenfürsorge notwendig ist. Es geht nicht an, daß Kinder wohlhabender Leute Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung neben ihrem gesicherten Lebensunterhalt im elterlichen Haus in diesen Zeiten erhalten und so die Lasten der Gesamtheit erhöhen, die schließlich doch am schwersten die Schultern der Arbeiterklasse drücken. Hier könnte der Freiwillige Arbeitsdienst (eine Einrichtung, die man jetzt diskutiert, und die man nicht a limine zurückzuweisen brauchte, wenn man sie nur in Einklang mit dem Klasseninteresse der organisierten Arbeiter bringt) ein Rekrutierungsgebiet finden, das im übrigen auch noch ausgedehnt werden könnte. Zu denken wäre dabei auch an die unnäßige Überfüllung der Universitäten, die sicherlich beträchtliche Studentenschichten mit hohem Nutzen für die Wissenschaft abgeben könnten. Es wäre auch ein schöner Beweis für eine richtige Selbsteinschätzung der Studentenschaft und ihrer Geistigkeit, wenn sie dem Ruf des Freiwilligen Arbeitsdienstes zahlreich folgte, um gleichzeitig auch den Übergang zu anderer und angemessener Berufstätigkeit zu finden. Eingesetzt darf der Freiwillige Arbeitsdienst natürlich nur auf Gebieten werden, deren sich ohne den Arbeitsdienst sonst niemand annehmen würde, also für Arbeiten, die nach menschlicher Voraussicht sonst ungetan blieben. Der vielfach üblichen Berechnung hoher Kosten des Freiwilligen Arbeitsdienstes wird man füglich einige Zweifel entgegenbringen müssen, aber um so mehr die Bedenken der Gewerkschaften zu würdigen haben, daß der Freiwillige Arbeitsdienst die Gefahren der Lohnrückerei, und dazu sogar noch in organisierter Form, erstehen lasse. Dagegen gibt es das eine wirksame Mittel: daß unsere Arbeiterführer und Gewerkschaftsleiter selber an die Spitze des Freiwilligen Arbeitsdienstes treten und damit alle schädlichen Nebenwirkungen dieser Bewegung ausschalten.

Wer die Geschicke der Nation meistern will, wird die Aufgabe erfüllen müssen die Gesundung der Landwirtschaft ohne Zögern durchzuführen, und dies in der Erkenntnis, daß der Getreidebau für Brot und Futtermittel in keinem Gegensatz zu einem andern Zweig der Agrarproduktion steht und stehen kann und mit allen Teilen der Veredelungsproduktion durchaus eine Einheit bildet. Wo parteipolitische Verwirrung die Erkenntnis der Zusammenhänge jetzt noch verhindert oder verdunkelt, wird rücksichtsloser Einsatz aller Kräfte, um die Landwirtschaft aus ihrer Krise herauszuholen, das Fundament für den Gesamtaufbau schaffen.

Nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands verkannte man beharrlich die Notwendigkeit einer Einschränkung der industriellen Basis bei gleichzeitiger Erweiterung der Agrarbasis in jeder Form. Darin liegen bis zur Stunde die tiefsten Gründe der Schwierigkeiten unserer Volkswirtschaft. Auf der Tagung des Zentralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes am 27. Juni sagte der Reichskanzler Heinrich Brüning in einer Rede, die durch Ton und Inhalt hierzulande recht ungewöhnlich klang, weil sie vornehmlich die Mahnung zur Selbstkritik enthielt:

»Die Reichsregierung hat sich ihrerseits nicht gescheut Fehler der Vergangenheit im Streben nach absoluter Klarheit und Wahrheit auf sich zu nehmen und eigene einzugestehen. Dieser Weg kann aber nur dann zu einem Erfolge führen, wenn das gleiche und in gleicher Rückhaltlosigkeit von der privaten Wirtschaft und von allen Organisationen geschieht. Die Kritik an der Öffentlichen Hand allein kann die Zustände nicht bessern. Der Staat für sich allein ist überhaupt nicht in der Lage die Dinge einer guten Lösung zuzuführen. Die einfache Formel die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung und immer wieder durch Lohnsenkung zu heben bringt keine Rettung. Die Konsumkraft der Bevölkerung würde bei einem solchen Schrumpfungsprozeß immer weiter sinken und die Produktion aufs schwerste schädigen, wenn nicht gleichzeitig von der Wirtschaft her und namentlich auch vom Bank- und Bankiergewerbe spontan durch Inangriffnahme großer und wichtiger Aufgaben geholfen wird.«

Noch steht die Antwort der Großbanken und der Großindustrie aus. Dem Volk hat der Expansionswahn der Industrie schlimme Wunden geschlagen, ungeheure Kapitalien wurden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Landes investiert, oder richtiger verbaut, unter rückhaltloser Mithilfe der Banken, denen nichtsdestoweniger ein schier unausrottbarer Aberglaube besonderes Verständnis für die Geheimnisse der Volkswirtschaft nachsagt. Angesichts der fortdauernden Deklamationen unserer Bankdirektoren und Industriekapitäne gegen die Betriebe der Öffentlichen Hand darf man nicht müde werden die Tatsache zu wiederholen, daß grade die Großbanken und die großindustriellen Unternehmungen mit den Betrieben Öffentlicher Hand die Verfügung über fremde Gelder gemein haben, aber sich darin unterscheiden, daß die Leiter dieser angeblich privaten Betriebe für sich absolute Verantwortungslosigkeit beanspruchen und in der Praxis auch behaupten. Was viele Großbanken und Industriegesellschaften vor ähnlichen Betrieben der Öffentlichen Hand auszeichnet, sind oft nur die höheren Unkosten, die durch maßlose Ansprüche der Verwaltung entstehen.

Hier Wandel zu schaffen erweist sich schon deshalb als notwendig, weil die unverantwortlich hohen Einkommen zahlreicher Bank- und Industrieherrn offensichtlich zu der falschen Selbsteinschätzung ihrer Leistungen verführen. Robert Friedlaender-Prechtel hat in einem soeben veröffentlichten Buch, das die Ursache der Arbeitslosenkrise und deren Bekämpfung erörtert, sich der verdienstlichen Aufgabe unterzogen die Haltlosigkeit des Dogmas zu erweisen, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht sind: »Es wird heute nur noch wenige verbohrt Ideologen geben, die der Meinung sind, daß beispielsweise der Postbetrieb oder der Eisenbahnbetrieb als privatwirtschaftliche Unternehmungen besser funktionieren würden wie als öffentliche Unternehmungen. Eine gewisse Erstarrung und Bürokratisierung stellt sich unweigerlich mit einer bestimmten Größe von Unternehmungen ein, mögen sie privater oder öffentlicher Natur sein. Die berühmte, durch das Gewinninteresse geleitete Privatinitiative hört bei gewissen Größenverhältnissen auf wirksam zu werden. An deren Stelle tritt die Sachinitiative der Funktionäre. Schon sehr große Aktienunternehmungen hören auf Privatunternehmungen zu sein. Hat etwa die Farben I. G. noch den Charakter einer solchen? Der "Besitzer", also die Summe der Aktionäre, Obligationäre, Kreditgeber, ist praktisch völlig einflußlos. Er ist wie der Chor in der griechischen Tragödie: Er darf Wünsche hegen, die keine Erfüllung finden, und darf beklagen, was er nicht ändern kann. Nicht minder einflußlos ist der Aufsichtsrat . . . Eine solche Aktiengesellschaft ist fast schon ein Staatsbetrieb.« Diese, den Lesern der Sozialistischen Monatshefte seit langen Jahren gut bekannten Zusammenhänge werden entwickelt, um zu erweisen, daß volkswirtschaftliche Großarbeiten, die zur Beseitigung des Arbeitslosenheeres erforderlich sind, nicht durch Privatinitiative allein bewältigt werden können, sondern daß Staatsinitiative einspringen muß. Die dafür geeigneten wirklich


wertschaffenden Arbeiten liegen vor allem auf dem Gebiet der Autarkisierung, die so lange für Deutschland notwendig ist, als wir noch keine rationell gestaltete kontinentaleuropäische Wirtschaft haben, übrigens auch selber eine produktive Vorbereitung des Vereinigten Europäischen Kontinents schafft; also die Einrichtung von Anlagen, die auf Ersetzung unnötiger Einfuhr durch Binnenproduktion abzielen: Glashaushausgärtnereien großen Stils zu rationeller Herstellung von Gemüse, Kohleverflüssigung, um Erdölprodukte aus Kohle herzustellen, Holzverzuckerung, um Brennholz in hochwertiges Viehfutter umzuwandeln, und ähnliches. Zur Begründung der Staatsinitiative und des Unterschieds zwischen volkswirtschaftlicher Produktivität und privatwirtschaftlicher Rentabilität wird auf die Schaffung der Luftstickstoffindustrie verwiesen, als einer Tat höchster Volkswirtschaftsproduktivität, die in auch nur annähernd solchem Umfang nie entstanden wäre, wenn sie nicht, als zur Munitionsherstellung unbedingt nötig, unter dem Zwang des Kriegs durch die Allgemeinheit errichtet worden wäre. Privatwirtschaftliche Erwägungen hätten niemals diesen riesigen Entschluß gezeitigt. Als zu schaffendes Gegenstück kann in der Tat die Umwandlung von Kohle in Erdölprodukte (Benzin, Schmieröle, Heizöl), die sogenannte Kohleverflüssigung, gelten, deren Durchführung nicht auf privatwirtschaftlichem Weg geschehen kann, da sie, in nicht genügend großem Umfang begonnen, unrentabel bleiben muß. Eine wertschaffende Arbeit großen Stils wäre die Anlegung binneneuropäischer Automobilstraßen, deren wirtschaftliche und technische Bedeutung erst durch ein gemeinsames deutsch-französisches Programm zur vollen Geltung käme. Das trifft übrigens auch für die Automobilfabrikation zu. Leider ist das von den deutschen Fabriken nicht rechtzeitig begriffen worden, sonst wären die General Motors nicht bei Opel eingezogen, und auch Ford würde in Deutschland nicht die Rolle spielen, die man ihm heute zuerkennt.

Man darf nicht verschweigen, daß die Mittel, die zum Aufbau unserer Wirtschaft erforderlich sind, seit dem Zusammenbruch durch Mangel an Plan und Führung verloren wurden: Neben Ruhrkrieg und Inflation fallen schwer die ungeheuren Verluste jener Industriepolitik ins Gewicht, die nach gewaltiger Ausdehnung, wie in der Kunstseidenindustrie und im Lokomotivbau, um nur die charakteristischsten Beispiele der neuesten Zeit zu erwähnen, zum Zusammenbruch und zur Vergeudung hoher Werte führte. Aus unserer eignen Volkswirtschaft kann der Ersatz für die vertanen Kapitalien nicht aus dem Boden gestampft werden, auch nicht durch Wiederholung von Künsten einer vollen oder beschränkten Inflation. Aber man muß sie verfügbar machen, wenn nicht Massenelend das deutsche Volk verheeren soll. Nur die Zusammenarbeit mit Frankreich öffnet Deutschland die Möglichkeit zu einer Belebung der Schaffenskräfte, für die alle Voraussetzungen gegeben sind, vor allem die des zustimmenden Willens der französischen Politik. An uns liegt es die außenpolitischen Folgerungen zu ziehen und für die notwendigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen als Träger des Neubaus zu sorgen. Noch immer blieb die seit 1918 hier ständig erhobene Forderung einer Bildung von Produktionsgemeinschaften zur Zusammenfassung der Gewerbe unerfüllt. Und doch wird diese Zusammenfassung kommen müssen. Denn eine andere wirtschaftliche Verantwortung besteht nicht. Als Frankreich den Wiederaufbau seiner verheerten Gebiete verlangte, hat es vom ersten Tag an das deutsche Volk zu bewegen versucht die Wiederherstellung nicht durch Geld sondern durch Arbeit in jeder Gestalt

zu leisten. Damals verschloß man sich dagegen. Vielleicht ist, wenn auch recht spät, der Beginn einer Umkehr zu verzeichnen. Vor einem Monat, am 3. Juni, führte Albert Vögler auf der Tagung des Langnamvereins aus, man müsse dahin wirken, daß Deutschland seine Reparationszahlungen allein durch Sachleistungen abtrage. Als Frankreich einst langjährige Kohlenlieferungsverträge im Dienst der Reparation vorschlug, wurde dieses Sachleistungsprogramm abgelehnt, weil Deutschlands Kohlenbasis durch den Vertrag von Versailles zur Deckung des eignen Bedarfs zu schmal geworden sei, und weil die Kohlenlieferung ewige Fron bedeuten würde. Die Kohlenhalden von heute sprechen eine andere Sprache, der erfreulicherweise Vögler in diesen Tagen Ausdruck gegeben hat. Als gutes Zeichen ist die amtliche Mitteilung des französischen Finanzministeriums vom 28. Mai 1931 zu vermerken, daß das im Youngplan vorgesehene Kontrollkomitee für die deutschen Sachlieferungen zusammentritt, um (nach einer Bemerkung des Figaro) sich unverbindlich mit einer Reform des Youngplans zu beschäftigen und die Erhöhung der Sachlieferungsquote, trotz dem (allzu leicht begreiflichen) englischen Widerstand, zu prüfen. Und jetzt, in der erregten Diskussion des sogenannten Hooverprojekts, ist auch die Frage der Sachlieferungen gestreift worden: freilich, ohne daß man bis jetzt in der deutschen Öffentlichkeit darauf geachtet oder gar die volle Bedeutung der sich daraus ergebenden produktiven Aufgabe grade während eines Schuldenfeierjahrs erkannt hätte.

Noch sind nicht alle Bahnen zu einer wahrhaften Wiedergutmachung alter Unterlassungssünden verschlossen, wenn der Wille zur Tat lebendig ist. Der innerlich und moralisch verbürgte Friede mit Frankreich, die Aussöhnung durch Gemeinschaft enthält die Bürgschaft für die Entfaltung neuen Lebens im europäischen Raum, bei Vervielfältigung der Kräfte unseres Kontinents. So kann die Notverordnung vom 5. Juni 1931, die nur aus der Not geboren wurde und, wenn sie für sich bestehen bleibt, wieder neue Not schafft, den Anstoß zu einem Akt der Befreiung abgeben. Eine rettende Tat ist nichts, wenn sie nicht Teil eines Ganzen ist. Das schrieb Bismarck im Jahr 1849. Es ist auch heute noch wahr.

KARL HILDENBRAND · REICHSEINHEIT DURCH REICHSFÜHRUNG

 M 29. Juni, an dem Tag, an dem vor 100 Jahren Heinrich Freiherr vom Stein starb, konnte man in Deutschland Artikel in großer Zahl lesen und Gedächtnisreden hören, die alle jenen Staatsmann feierten und je nach ihrer politischen und geistigen Richtung für sich beanspruchten. Vornehmlich war es Carl Severing, der als Sozialist wie als deutscher Politiker die wirkliche Leistung Steins den Hörern klarmachte. Auch manches, was von anderen geschrieben und gesagt wurde, war richtig, einiges freilich nicht ganz richtig, anderes auch falsch. Dem heute bestehenden Geisteszustand entsprechend wurde jenen Gedächtniskundgebungen vielfach ein nationalistischer Akzent aufgesetzt, ja, Stein wurde gradezu gegen den (sich jetzt langsam bildenden) europäischen Geist ausgespielt. So wurde grade das, was in seiner Auffassung und Haltung verfehlt war, wie sich dann in den Jahren der Heiligen Allianz zeigte, kritiklos übernommen. Es wäre besser gewesen, wenn man statt dessen, viel mehr noch als es geschehen ist, in voller Schärfe und Klarheit die vergebliehen Be-